

7. Bildungsbericht Thurgau 2023 (20/WE 8/589)

Diskussion

Präsident: Der Bericht des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Den Kommissionsbericht zu diesem Geschäft haben Sie vorgängig erhalten. Ich eröffne die Diskussion über den Bericht als Ganzes. Das Wort hat zuerst der Kommissionspräsident, Kantonsrat Anders Stokholm.

Kommissionspräsident Anders Stokholm: Wir beraten heute den Bildungsbericht Thurgau 2023. Erstellt wurde er vom Departement für Erziehung und Kultur, und trotzdem heisst er nicht Erziehungsbericht. Ob bei einem so benannten Bericht überhaupt ein Anfang und ein Ende gefunden werden könnte, wage ich zu bezweifeln. Schon beim Bildungsbericht musste das Departement sich nämlich beschränken und konnte manche Aspekte nur andeuten. Die Kommission hat den Bildungsbericht an den beiden Sitzungen kapitelweise durchberaten. Zum einen wurden zu einzelnen Punkten konkrete Fragen gestellt. Die konnten allesamt beantwortet werden. Zum anderen fand in den Kapiteln frühe Förderung, Volksschule, Mittelschulen, Berufsbildung und Hochschulen zu spezifischen Themen, ein reger Austausch statt zwischen den Kommissionsmitgliedern, der Regierungsrätin Monika Knill und den übrigen Vertreterinnen und Vertretern des Departementes für Erziehung und Kultur. Die Aufgabe der Kommission war es dabei nicht, Beschlüsse zu fassen. Wir haben über die reine Kenntnisnahme hinaus aber einen sehr gewinnbringenden Diskurs geführt, frei nach dem Motto "Schö hämmer drüber gredt". Dieser Diskurs konnte dank der anregenden Diskussionen zum Nutzen aller stattfinden, und ein besonderer Dank erging und geht jetzt auch wieder an Regierungsrätin Monika Knill. Der vorliegende Bildungsbericht ist ihr letzter im gegenwärtigen Amt. Er legt beredtes Zeugnis ab über ihre Verdienste für das Thurgauer Bildungswesen. Entsprechend wurde ihr der Dank der Anwesenden am Schluss der Beratungen mit einem warmen Applaus gezollt. Wir haben später heute die Gelegenheit, als Rat in diesen Applaus einzustimmen und sparen ihn uns deshalb bis dann auf. Mit dem vorliegenden Bericht wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, sondern es wird eine Auswahl an Themen getroffen. Denn über den Bildungsbericht hinaus gibt es zahlreiche weitere Publikationen zum Bildungsbereich, sei es etwa innerhalb des Schulblattes, das wir zugestellt erhalten, des jährlichen Geschäftsberichts des Kantons, des Bildungsberichtes Schweiz und/oder der kantonalen Dienststelle für Statistik. Trotzdem wurde neben dem Dank für den interessanten und informativen Bildungsbericht seitens mancher Kommissionsmitglieder auch Mangelndes moniert, insbesondere punkto Sonderschulung und punkto Ausblick. Was bringt uns die Zukunft? Sowohl Regierungsrätin Monika Knill als auch Vertreter des Departementes erklärten den kurzen Ausblick damit, dass die Entwicklung des Bildungswesens eine Verbundaufgabe sei zusammen mit Bildung Thurgau, mit der Päd-

gogischen Hochschule, mit dem Verband Thurgau Schulgemeinden und mit dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter. Um nicht mit Vorgaben und Reformen kontraproduktiven Druck zu erzeugen, müsse das DEK mit den Bildungspartnern zusammen Lösungsansätze in Form von Rahmenbedingungen schaffen. Zwar sei der Ausblick als solcher daher kurz ausgefallen, doch in den übrigen Kapiteln seien mehrfach Themen angeschnitten, die über den erfassten Zeitraum 2018 bis 2023 hinaus in die Zukunft wiesen. Zusammen mit den Bildungspartnern verfolge das DEK drei Ziele: Die Attraktivität im Lehrerinnen- und Lehrerberuf, tragfähige Schulen durch Entlastung des Systems "Schule" sowie die Sonderschulstrategie. Ich freue mich nun auf die Diskussion.

Lukas Madörin, EDU: Die EDU-Fraktion bedankt sich beim zuständigen Departement für den detaillierten und ausführlichen Bericht. Wenn ich auf die letzten Jahrzehnte der Bildungslandschaft blicke, dann sehe ich eine Verschiebung verschiedener Schwerpunkte. Schwerpunkte, die man auch Feindbilder nennen könnte. Vor Jahren war der Schüler Feindbild Nummer 1. Danach waren es die Lehrer, und heute sind es die Eltern. Und genau diese Eltern kommen mir in diesem Bericht zu kurz. So werden wir in diesem Jahr noch eine Interpellation einreichen zum Thema, wie wir die Eltern besser einbeziehen können – gerade dann, wenn es Probleme gibt.

Reto Ammann, GLP: Wo hört das Aufgabengebiet des Staates auf, nicht aber die Bildung? Wo ist Regulierung und Normierung sinnvoll? Wo setzt man besser auf Selbstwirksamkeit und mehr Eigenverantwortung? Eine zutiefst pädagogische, zunehmend aus meiner Sicht aber auch eine politische Kernfrage. Bilden wir die Jugend und die Bürger hin zur Mündigkeit oder setzen wir wieder vermehrt auf Erziehung? Wie und was wäre ein adäquater Mix für die Zukunft? Leben und Lernen über Fehlervermeidung oder Förderung von Problembegabungen? Immer eine Lösung für 100 Prozent oder besser nur für 90 Prozent? Und kreative Lösungssuche, Ausnahmen, wo es noch nicht passt, als neuer Ansatz? Könnte eine Schule wie beispielsweise in Estland Vorbild sein für die ganze Thurgauer Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung? Ein zukünftiger Bildungsbericht könnte auf all diese Fragen Antworten geben. Unser Bildungsbericht hat komplett andere Schwerpunkte und legt das Zeugnis über die Jahre 2018 bis 2023 ab. Die formell klassisch gehaltene Aufteilung führt von Rahmen setzenden Bereichen letztlich zu den Themen der einzelnen Ämter. Ein spezieller Fokus im Bericht wurde der frühen Kindheit gewidmet, zum Schluss, auf zwei Seiten, ein kurzer Ausblick gewährt. Ich streife beide später in der Detailberatung. Der Bildungsbericht betont Abgeschlossenes oder noch in Bearbeitung Befindliches. Er ist bewusst oder unbewusst ein gutes Zeugnis über die grosse Schaffenskraft des Departements und allen daran Beteiligten unter Regierungsrätin Monika Knill. An dieser Stelle seitens Fraktion ein ganz herzliches "Merci" an Regierungsrätin Monika Knill für die Arbeit in der Berichtsperiode 2018 bis 2023 und für die ganze Zeit im Departement für Erziehung und Kultur (DEK). Die in der Kommission ge-

führte Diskussion – der Kommissionspräsident hat es schon angetönt – war wohltuend, sachlich, pädagogisch, wenig politisch. Die Diskussionen zeigten gut auf, wie vielfältig Bildung ist, und wie sie von Lebenseinstellungen und Familienmodellen letztlich geprägt wird. Umgekehrt sollten Bildungsmodelle aber immer auch Antworten auf sich wandelnde Lebensstile bieten und mit der Zeit gehen. Als Fraktionssprecher einige Bemerkungen zu zwei Berichtsbereichen: Im Bericht besonders hervorgehoben wurde die frühe Förderung. Es wird in Zukunft interessant sein, inwiefern die Rahmenbedingungen im Bereich Nachteilsausgleich positive Effekte ergeben für das spätere Leben. Ob idealerweise dadurch die Zahl sehr teurer "End-of-Pipe-Lösungen" verkleinert wird. Das gilt es sicherlich seitens Pädagogische Hochschule Thurgau, wissenschaftlich zu untersuchen. Der Masterstudiengang "Frühförderung" der Pädagogischen Hochschule Thurgau hat schweizweit Beachtung gefunden und einen sehr guten, überregionalen Bildungsfokus gelegt. Die Frage, ob die frühe Förderung neu zum Aufgabengebiet der Schule gehört, wird ein Thema der Zukunft sein. Wieso? Der Master wird an der Pädagogischen Hochschule Thurgau gemacht. Die Ausbildungen sonst aber alle via Berufsschulen an den Fachhochschulen "Soziale Arbeit". Ob die frühe Kindheit vermehrt nun als soziale Arbeit für Kinder und Eltern oder als pädagogische Arbeit für Eltern und Kinder gesehen wird, finde ich persönlich spannend. Ich glaube, die frühe Förderung wird gesellschaftlich auch in Zukunft zu reden geben. Ausblick: Leider wurde der bereits im alten Bericht 2019 geäußerte Wunsch nach mehr Ausblick erneut nicht gehört. Im vorliegenden Bericht ist deutlich zu wenig Raum der Zukunft gewidmet. Acht künftige Herausforderungen auf gerade zwei Seiten. Aber Bildung ohne neugierigen Blick in die Zukunft ist wie "Ghackets mit Hörnli ohne Öpfelmues" oder ein Abschluss ohne Anschluss. Ich werde in der Detailberatung deshalb vertieft darauf zurückkommen. Wir erwarten als GLP-Fraktion, dass der nächste Bildungsbericht die Zukunft deutlich stärker beleuchtet und neue Fragen und Modelle auch aufzeigt. Wagen wir für die Bildung der Jugend einen mutigen Blick in die Zukunft, da wir uns an ihr auszurichten haben. Der andersartige und exklusive Kanton – nach Strategie 2040 – verdient eine andersartige, exklusive Bildung. Die GLP-Fraktion wird sich dafür einsetzen.

Cornelia Hauser, GRÜNE: Umfangreich, informativ, sachbezogen: diese drei Adjektive bilden in etwa ab, was der 9. Bildungsbericht beinhaltet. In zwei Kommissionssitzungen wurden Detailfragen in Anwesenheit der zuständigen Personen ausführlich und bereitwillig beantwortet. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei Beat Brüllmann, Chef Amt für Volksschule, Manuela Hauser, Wissenschaftliche Mitarbeiterin DEK, Christof Widmer, Chef Amt für Mittel- und Hochschulen, Annette Schwarz, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, und nicht zuletzt bei Regierungsrätin Monika Knill für die wertschätzenden Ausführungen in Ergänzung zum vorliegenden schriftlichen Bericht. Der Bildungsbereich ist laufend Veränderungen unterworfen. Grosse Themen wie zum Beispiel die Einführung des Lehrplans 21 oder die Sonderschulstrategie beschäftigten die Volksschule

Thurgau in den vergangenen Jahren. Und sie werden uns im Hinblick auf steigende Schülerzahlen auch weiterhin vor Herausforderungen stellen. Qualifikationsverfahren, Hochschulquoten, Integrationsbemühungen und Schritthalten mit neuen Technologien wie künstlicher Intelligenz oder Fachkräftemangel gehören genauso evaluiert wie vorschulische Sprachförderung oder das Neudenken kreativer Lösungen, damit Kinder jeden Alters, Jugendliche und junge Erwachsene, zu den besten Möglichkeiten unseres Bildungssystems Zugang erhalten. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Thurgau auch bei einigen kritischen Themen einen offenen Umgang pflegen. Und ich bin gespannt auf den 10., sozusagen den "Jubiläumsbildungsbericht" unter neuer regierungsrätlicher Leitung. Wir von der GRÜNE-Fraktion bedanken uns bei Regierungsrätin Monika Knill für ihre unaufgeregte, sachbezogene und umfassende Führung als Chefin im herausfordernden Departement für Erziehung und Kultur.

Felix Meier, SP: Das waren noch Zeiten, als es genügte, dem Nachwuchs das Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen, die Mädchen mit "Schnurpfi" und Kochen auf ihr künftiges Hausfrauendasein vorzubereiten und die Buben sich in der "Hobli" kreativ austoben zu lassen. Zum Glück sind diese Zeiten vorbei, einerseits. Doch andererseits sind die Herausforderungen an die Bildung, was im Übrigen eindeutig mehr beinhaltet als die reine Vermittlung von Wissen und Können, mittlerweile sprunghaft angestiegen. Unsere Lehrkräfte sind mit zahlreichen neuen, sich in Zukunft noch akzentuierenden, zum Teil sich widersprechenden, zeitintensiven, intellektuell und emotional fordernden Rahmenbedingungen konfrontiert. Der Erwartungsdruck der Gesellschaft an die Schule ist enorm. Dabei ist sich eben diese Gesellschaft ja selbst nicht im Klaren, was Bildung nun genau ist, was sie sein soll, auf welchen Werten sie basieren soll, ob inklusiv, integrativ oder individuell massgeschneidert. Dass auch die Schulen unter dem Fachkräfte- sprich Lehrermangel leiden, verkommt vor diesem Hintergrund beinahe zur – allerdings die Dynamik der Entwicklung noch beschleunigenden – Fussnote. In einem Wort: Die Sache ist komplex, hochkomplex sogar. Aus der Systemtheorie wissen wir, dass nur mindestens so komplexe Instrumente diese Probleme sicher und nachhaltig lösen können. Darum ist den sogenannten einfachen, den gesunden Menschenverstand anrufenden Lösungsvorschlägen, die doch vor 50 Jahren auch funktioniert hatten, schon einmal a priori mit Vorsicht zu begegnen. In diese, kurz skizzierte, komplexe Situation hinein hat das Departement für Erziehung und Kultur (DEK) – Ratskollege Anders Stokholm hat schon darauf hingewiesen, dass es ein gewisser sprachlicher Anachronismus ist und das eigentlich anders heissen sollte – vermocht, in einem differenzierten Bericht eine Auslegeordnung vorzulegen, der die ganze Breite des Bildungsangebotes darlegt. Der Bericht benennt aber auch, woran noch oder weiter zu arbeiten ist. Dies hat vor allem die Diskussion in der Kommission gezeigt. Wir bedanken uns für diese bildungspolitische Grundlagenarbeit. Wir halten dabei aber auch fest, dass für unsere Fraktion der Zugang der lern- und ausbildungswilligen Menschen, unbesehen ihrer wirtschaftlichen Herkunft und Möglich-

keiten, auf allen Stufen gewährleistet beziehungsweise erhalten werden muss: Bildung, verstanden als Befähigung zum selbstständigen und kritischen Denken. Diese Form der Bildung schafft erst die Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft, für eine funktionierende Demokratie und echte Teilhabe am öffentlichen Leben. Sie ist Voraussetzung für die Integration aller Menschen, die hier leben. Und sie ist wahrscheinlich die beste Versicherung gegen Extremismus gleich welcher Provenienz, gegen das unreflektierte, dunkle Raunen in diversen Echokammern der sogenannten sozialen Medien. Daher nimmt die SP-Fraktion in zustimmendem Sinne vom Bildungsbericht Kenntnis. Darauf lässt sich weiter aufbauen.

Cornelia Hasler-Roost, FDP: Auch ich möchte mich für die Erarbeitung des Bildungsberichtes bei allen Beteiligten des DEK und insbesondere – zum letzten Mal – bei Regierungsrätin Monika Knill herzlich bedanken. Die kontinuierliche Erstellung dieses Berichts erachte ich als wichtig und sehr sinnvoll. Sie ermöglicht eine regelmässige Reflexion über ein äusserst wichtiges Thema und verschiebt den Fokus auf vielfältige Weise. Ich habe die Diskussion rund um den Bericht und den daraus resultierenden Herausforderungen im Bildungswesen an den beiden Sitzungen sehr geschätzt und genossen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird sich während der Diskussion noch zu gewissen Themen äussern.

Jürg Marolf, Die Mitte/EVP: Ich spreche im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP. Wir sind selbstverständlich auch für Eintreten. Obwohl meine Vorrednerinnen und Vorredner Regierungsrätin Monika Knill schon mehrfach gedankt haben, möchte ich das auch noch wiederholen. Sie hat es mehr als verdient. Während der Sitzungen haben wir gemerkt, mit wie viel Engagement und Herzblut sie die Schule vertritt und vertrat. Ich habe es sehr geschätzt, mit den Verantwortlichen der Schule diverse Punkte vertieft diskutieren zu können, und mich hat ermutigt, dass sowohl der Regierungsrat wie auch die Ämter die Problemstellungen an denselben Orten eruieren wie die meisten Kommissionsmitglieder. Die Diskussionen drehten sich, wie vom Kommissionspräsidenten schon erwähnt, häufig um drei ähnliche Bereiche, nämlich die Belastungssituationen in der Schule, Sonderschulen und Eltern, deren Verantwortlichkeiten und allfällige Einbindung. Zur Belastungssituation ist zu sagen, dass der Kanton versucht, mit der neu eingeführten Coaching-Lektion den Lehrpersonen mehr Zeit für Gespräche und Beratungen im Rahmen der Unterrichtsverpflichtungen einzuräumen. Dies entspricht der Erkenntnis, dass der Schulerfolg wesentlich von der Entwicklung der Persönlichkeit geprägt wird. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass die Massnahme auch von Erfolg gekrönt sein wird. Die zunehmende Zahl von Schülerinnen und Schülern, die in einem andersschulischen Setting betreut werden, gibt zu denken. Diese Massnahmen generieren einerseits immense Kosten, andererseits wird auch die Belastungssituation der Lehrpersonen nicht kleiner. Für den nächsten Bericht wurde darum mehrmals angeregt, diese Thematik ins Zentrum der

Betrachtungen zu rücken. Zum dritten Punkt: Vermehrte Absenzen, mangelnde Deutschkenntnisse, Formen der Verwahrlosung und etliche andere Beobachtungen und Erkenntnisse haben auch die Eltern ins Zentrum gerückt. Wie können Eltern und Erziehungsberechtigte erreicht werden, die sich nicht effizient um die schulischen Bereiche ihrer Söhne und Töchtern kümmern oder kümmern können? Wo beginnt und endet der Verantwortungsbereich der Schule? Was soll und kann sie übernehmen? Der Einbezug der Eltern auf allen Stufen hat zu einer längeren Diskussion in der Kommission geführt und zeigt die Brisanz dieser Thematik. Dass das Ganze mit der Veränderung der Gesellschaft und einer zunehmenden Individualisierung einhergeht, ist augenscheinlich. Diese Veränderung macht auch vor den Klassenzimmern nicht Halt. Unser Bildungssystem steht vor Herausforderungen. Diese werden neue Methoden und vielleicht neues, anderes Denken verlangen. Wichtig ist, dass wir dieses auch zulassen. Entscheidend ist sicherlich auch die enge Zusammenarbeit zwischen Politischen Gemeinden und Schulgemeinden. Und zu guter Letzt, das wurde auch immer wieder betont, ist unterrichtete Beziehungsarbeit. Ohne tragfähige Beziehung zwischen Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern und Eltern ist effektives Lernen nicht möglich. Ich danke Regierungsrätin Monika Knill und ihrem Amt für den Bericht und Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich im nächsten Bildungsbericht, Hinweise und Erkenntnisse zu den aufgezeigten Themen finden zu können.

Andreas Wirth, SVP: Regierungsrätin Monika Knill bringt es im Vorwort des Bildungsberichts auf den Punkt: Schulen und Bildungsinstitutionen übernehmen in dieser Zeit grosser Veränderungen eine wichtige gesellschaftliche Orientierungsfunktion. Sie sind gefordert, die Balance zwischen Weiterentwicklung und Konsolidierung zu halten. Dies ist wesentlich, damit die Akteure im Bildungsbereich den vielfältigen Ansprüchen genügen können und auch gesund bleiben. Weiter fokussiert sie auf Themen, die zukünftig gerade in der Volksschule in den kommenden Jahren wirklich herausfordernd sein werden. Mangelnde Sprachkompetenzen, der Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern, die Stufenübergänge, die Integration, das Schülerzahlwachstum und der Lehrpersonen- und Fachkräftemangel. Diese Themen werden auch ihre Nachfolgerin im Amt, Denise Neuweiler, und ihre Ämter beschäftigen und fordern. Ein Rechenschaftsbericht in der uns vorliegenden Form ist stets eine Berichterstattung über die Vergangenheit. Unschwer darf festgestellt werden, dass das DEK und die dazugehörigen Ämter und Abteilungen auf allen Stufen in den Berichtsjahren unter der Leitung von Regierungsrätin Monika Knill auch unter erschwerten Bedingungen wie Covid die gesteckten Ziele systematisch verfolgt und die meisten auch gut erreicht haben. Der Ausblick auf die zukünftigen Themen fällt leider wie beim letzten Bericht vor fünf Jahren unseres Erachtens immer noch zu kurz aus. Es ist wünschenswert, diesem Berichtspunkt im nächsten Bildungsbericht mehr Beachtung zu schenken und auch zukünftige Themenfelder breiter darzustellen. Dies würde einerseits die Diskussion in der Kommission befeuern und das

DEK auf dem eingeschlagenen Weg unterstützen. Nebst den eingangs erwähnten Themen, welche die zukünftige Schullandschaft beschäftigen werden, gibt es weitere Bereiche, die im Bericht nur gestreift wurden, die ich aber nicht unerwähnt lassen möchte, weil die neue DEK-Chefin heute ebenfalls anwesend ist. Die Anzahl der Plätze und die Finanzierung der Sonderschulen, gerade was den separativen Teil betrifft, ist aus Sicht der Volksschule zurzeit unbefriedigend gelöst. Aufgrund der weiter wachsenden Bevölkerung ist die Strategie für die separative Sonderschulung anzupassen. Die Volksschulen sind heute sehr integrativ unterwegs. Dennoch benötigt es genügend separative Sonderschulplätze, wenn die Schulen, die Klassen und die Lehrpersonen zukünftig nicht überfordert werden sollen. Die Frage bezüglich Ausbau der Maturitätsquote und der weiteren Erhöhung der Professionalität auf allen Stufen geht in eine falsche Richtung. Wir erachten es als wesentlich, dass auch der dualen Bildung weiterhin genügend Platz eingeräumt wird und die Ansprüche auch von den Berufsverbänden nicht noch weiter in die Höhe geschraubt werden. Hier wäre etwas mehr Augenmass notwendig, sonst verlieren weitere Betriebe die Motivation, Lernende auszubilden. Und da ich nachher in der Detailberatung nicht mehr an das Rednerpult kommen werde, möchte ich abschliessen mit einem grossen Dank an Regierungsrätin Monika Knill für ihre Arbeit gemeinsam mit ihren Ämtern. Ihr offenes Ohr für die Anliegen, die an sie herangetragen wurden, auch wenn diese nicht erfüllt werden konnten oder wollten, ihre konstruktive und respektvolle Art, wie sie mit all den Erwartungen umgegangen ist, war beeindruckend. Liebe Regierungsrätin Monika Knill, für Ihr grosses Engagement in den vergangenen 16 Jahren als Regierungsrätin gebührt Ihnen auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Danke, dass Sie das DEK während dieser langen Zeit geführt und geprägt haben, auch wenn Sie nicht alle Schülerinnen und Schüler – und auch die Schulpräsidenten – selbst erziehen konnten. Sie haben in dieser langen Zeit das DEK geprägt. Sie waren und sind ein Gewinn für die Thurgauer Bildungs- und Kulturlandschaft.

Regierungsrätin Monika Knill: Ich beginne mit einem persönlichen Dank für Ihre Dankesworte. Es hat mich sehr gefreut und auch gerührt. Ich freue mich, dass mein letztes Geschäft hier im Grossen Rat dieser Bildungsbericht ist. Ja, weil dieser Bildungsbericht auch für mich und mein Departement ein sehr wichtiges Gefäss ist, mit Ihnen zusammen eine bildungspolitische Diskussion zu führen. Es ist möglich, in dieser Diskussion auf die verschiedensten Themenfelder eingehen zu können, sich diese Zeit auch nehmen zu können, über diesen Bericht und darüber hinaus Themen anzudiskutieren und das in einer unglaublich bereichernden, gegenseitig wertschätzenden Art und Weise. Die Arbeit in der Kommission, auch wenn teilweise Ansichten unterschiedlich sind, war in keiner Art und Weise ideologisch geprägt. Das ist nicht selbstverständlich, wenn man um Bildungs- oder Erziehungsthemen diskutiert. Diesen Mehrwert erachte ich als nach wie vor sehr gross. Die Protokolle dieser vorberatenden Kommission – wie auch das heutige Ratsprotokoll selbstverständlich – dienen auch in meinem Departement weiterhin als Input, als

wertvolle Unterstützung in der Vorbereitung eines nächsten Berichts, aber auch in den einzelnen Themenfeldern selber. Als Regierungsrätin kann man an eine vorberatende Kommissionssitzung gehen, oder man kann mit Freude an eine vorbereitende Kommissionssitzung gehen. Das zweite war ganz sicher zutreffend in Zusammenhang mit den Sitzungen zum Bildungsbericht. In meinen Grussworten, die ich jeweils überbracht habe an diesen Konferenzen, habe ich immer den Lehrpersonen gedankt und auch gesagt, dass genau sie die ersten sind, an vorderster Stelle mit der direktesten Anbindung zu den Schülerinnen und Schülern jeglichen Alters, dass sie die gesellschaftlichen Entwicklungen am direktesten erfahren. Die Lehrpersonen sind es oder die Schule als Ganzes, die eben genau diese gesellschaftlichen Entwicklungen mitbekommen, die sehen, was passiert, wie das die Schüler mittragen, wie sie reagieren, wie sie sich verhalten. Es ist dieser unmittelbare und teilweise auch ungeschönte Einblick in diese gesellschaftlichen Entwicklungen. Es ist wichtig, immer wieder an die Basis heranzuhören und zu versuchen zumindest, gewisse Möglichkeiten einzuräumen, um eben auch diese Belastungen, die sehr, sehr hoch sind, zu reduzieren, oder auch in anderen Bereichen die Eltern in die Pflicht zu nehmen. Wenn ich höre, wie sich eine Schule oder Lehrpersonen anstrengen müssen – und es auch nicht hilft, dass zum Beispiel die Elterntaxis verboten werden können –, zu welchen Massnahmen gegriffen werden muss, um Eltern davon zu überzeugen, dass doch auch ein Schulweg für die Kinder und Jugendlichen ein ganz wichtiges Erlebnis darstellt, muss ich Ihnen sagen, dass ich doch auch oft meine Mühe habe, zu verstehen, wieso das nicht gelingt. Das nur ein kleines Beispiel. Aber an diesem Beispiel zeigen sich die Erwartungshaltungen oder auch, dass ein Teil der Elternschaft heute einfach andere Vorstellungen hat und die eigenen Vorstellungen auch durchsetzen möchte. Ich komme noch abschliessend zum genannten Ausblick, der in diesem Bildungsbericht verschieden als zu kurz moniert worden ist. Wir nehmen das sicher gerne wieder mit. Wir haben schon etwas mehr Ausblick in diesem Bericht als noch im letzten. Ich bitte doch auch zu bedenken, was für ein Vorlauf dieser Bericht hat. Ich habe noch kurz nachgeschaut: Wir haben im September/Oktober 2022 angefangen mit diesem Bericht und haben heute den 8. Mai 2024. Wenn ich sehe wie im Kanton, aber auch interkantonal, aktuelle Themen bearbeitet werden und welche Stufen Neuerungen durchlaufen, dann muss ich sagen, dass es teilweise fast nicht möglich ist, einen Ausblick machen zu können in einem Bericht, der erst eineinhalb Jahre später in die politische Diskussion kommt. Wie aktuell ist man dann noch? Vielleicht ist dann halt in einem künftigen Ausblick die Flughöhe auf einer Ebene, bei der man wieder moniert, dass es zu wenig konkret ist. Ich bitte einfach zu bedenken, dass so ein Bericht eine eineinhalbjährige Vorlaufzeit hat, bis er letztlich im Parlament beraten wird. Aber nichtsdestotrotz gilt es, diese Wünsche aufzunehmen und zu versuchen, jetzt gut zuzuhören, damit wir den künftigen und nächsten Bericht noch etwas besser auf Ihre Erwartungen abstützen können. Ich danke fürs Eintreten.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Wir diskutieren den Bericht kapitelweise.

1. Bildungsbericht im Zeitraum 2018–2023

Diskussion – **nicht benützt.**

2. Stufenübergreifende Themen

Brigitta Engeli-Sager, GRÜNE: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um etwas zum neuen Aufnahmeverfahren für Mittelschulen zu sagen, und zwar angesichts der monierten, zu tiefen Maturitätsquote. Es wird da immer gesagt, es gehe nur um die Kantonschulen. Aber es geht da auch um die Berufsmaturität, das darf man nie vergessen, was unser duales System ja extrem stützt. Da habe ich den Eindruck, dass man die Chance verpasst hat, nicht nur eine Prüfung für dieses Aufnahmeverfahren zu installieren, sondern eben den Notenvorschlag, den die Jugendlichen mitbringen, auch zu berücksichtigen, was in den allermeisten Kantonen sonst gemacht wird. Es gäbe auch noch ein anderes Modell: Zum Beispiel kennt der Kanton Aargau am Schluss der Sekundarstufe eine Abschlussprüfung, die dann auch bewirkt, dass die Jugendlichen bis zum Ende motiviert sind, weiter zu arbeiten und eine gute Abschlussprüfung zu absolvieren. Mit dieser Abschlussprüfung wird dann die Möglichkeit geschaffen, sich für die Berufsmaturität oder für eine Maturitätsschule zu qualifizieren.

3. Rahmenbedingungen des Bildungswesens

Diskussion – **nicht benützt.**

4. Frühe Förderung

Brigitta Engeli-Sager, GRÜNE: Bei der frühen Förderung möchte ich gerne anmerken, dass der Miteinbezug der gesellschaftlichen Entwicklung in diese Bildungsstrategie aus meiner Sicht etwas fehlt. Die ersten vier Lebensjahre der Kinder werden zunehmend einen grossen Einfluss auf die Belastungen haben, mit denen sich die Volksschule später auseinandersetzen muss. Das Gesetz zu Kind, Jugend und Familie wird hier von elementarer Wichtigkeit sein und darf kein Schnellschuss werden, sondern soll multidisziplinär durchdacht sein. Das Ziel müsste sein, die "richtigen" Familien zu erreichen. Das wäre mir ein grosses Anliegen. Und es darf nicht gespart werden in diesem Bereich. Denn es wird die Schullandschaft prägen, was in den ersten vier Lebensjahren passiert, auch gerade in Bezug auf die Digitalisierung und die zunehmende Verbreitung von Smartphones auch bei kleinen Kindern.

5. Volksschule

Jürg Wiesli, SVP: Ich danke auch für den Bericht. Bei Punkt 5 gebe ich zu bedenken,

dass wir hier doch immerhin zehn Privatschulen haben, die schon seit vielen Jahren ihre Aufgabe gut machen und auch die Vorgaben der Lehrpläne einhalten. Es sind drei Schulen, die christliche Leitbilder haben, drei Schulen, die Richtung Montessori-Waldorfschulen gehen, und die restlichen sind internationale Schulen und Sportschulen. Sie leisten wertvolle Arbeit, und ich gebe zu bedenken, dass diese Schulen den an Grenzen kommenden öffentlichen Schulen Entlastung geben. Ich würde es als wertschätzend empfinden, wenn man den Privatschulen auch endlich einen finanziellen Beitrag zur Verfügung stellen würde. Sie erfüllen auch den Grundauftrag einer Schule.

Peter Dransfeld, GRÜNE: Ich möchte mich zuerst dem Dank anschliessen, für alles, was bereits ausgesprochen wurde. Ich glaube tatsächlich, dass vieles sehr gut läuft, namentlich in der Volksschule. Ich teile hier die Ausführungen der Ratskollegen Felix Meier und Andreas Wirth. Es wurde nicht explizit erwähnt, aber es ist doch unglaublich erfreulich, dass wir im Kanton Thurgau eine Anschlusslösung für Jugendliche für weit über 90 Prozent der jeweiligen Jahrgänge haben. Das ist überaus erfreulich. Erlauben Sie mir dennoch zwei punktuelle Anmerkungen, die beide zu tun haben mit den Schülerzahlen. Zum einen die Raumnot: Wir lesen fast täglich davon in der Zeitung. Die Raumnot ist anspruchsvoll, für namentlich kleinere Schulgemeinden, die nicht gewöhnt sind, jedes Jahr ein Bauvorhaben abzuwickeln. Das ist einfach eine Feststellung. Vielleicht kann es da auch, wie das früher geschehen ist, vom Hochbauamt etwas mehr Unterstützung für die Volksschulgemeinden geben. Das zweite ist die Schwierigkeit, die ich feststelle, lokale Schulbehörden zu besetzen, Behördenmitglieder zu finden. Das ist eine Beobachtung, ich kann sie nicht statistisch belegen. Ich frage mich in beiden Fällen auch ein bisschen: Wollen wir vielleicht zu viel? Wollen wir zu viel, was die Raumbedürfnisse angeht? Und wollen wir zu viel, was die Behörden angeht? Und natürlich stellt sich die Frage, wie wir das erreichen, was wir wollen. Wie kommen wir nützlich, pragmatisch und effizient zu den nötigen Räumen? Wie kommen wir zu engagierten Behördenmitgliedern? Dies einfach als Fragestellung. Ich bin diesen Fragen im Kommissionsbericht nicht begegnet. Entschuldigen Sie, wenn ich sie nachträglich einbringe.

Regierungsrätin Monika Knill: Herzlichen Dank, Kantonsrat Peter Dransfeld für Ihre zwei Inputs. Erstens die Frage der räumlichen Entwicklung der Schulbauten: Hier kann ich sagen, dass die Möglichkeit für Unterstützungen seitens des Departements für Bau und Umwelt, des Hochbauamts, besteht. Auf der anderen Seite sind das autonome Behörden mit Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die eigenverantwortlich diese Räume planen und letzten Endes auch realisieren, ob sie das vorübergehend mit Provisorien machen oder als finale Räumlichkeiten. Aber auf kantonaler Seite besteht, wenn angefragt wird, entsprechender Support. Es gibt entsprechende Leitfäden, die jetzt auch nochmals überarbeitet werden, mit denen man sich sehr gut unterstützen kann. Zum zweiten Punkt, den Behörden: Hier kann ich nur noch in einem letzten Votum in dieser

Angelegenheit bemerken, dass Grösse und Strukturen der 87 Schulgemeinden vielleicht auch hinterfragt werden könnten im Hinblick auf Fusionsprozesse. Die Aufgaben, die die Schulgemeinden heute erfüllen müssen, auf strategischer Ebene, auf Behördenebene, die könnten durchaus auch auf etwas grössere Gebiete verteilt werden, ohne dass das am einzelnen Schulstandort irgendetwas verändert. Die Ängste bei Fusionen sind ja immer, dass vor Ort die Schulkultur sich verändert. Das muss oder soll überhaupt nicht der Fall sein. Aber wenn 87 Behörden, teilweise Kleinstbehörden, sich mit diesen vielfältigen Aufgaben parallel und gleichzeitig beschäftigen, dann darf man doch auch die Behörden immer wieder animieren, ihre Grösse zu überdenken und einmal – ergebnisoffen – allfällige Fusionen in Betracht zu ziehen. Diesen Stein haben wir im letzten Jahr an einer grösseren Veranstaltung wieder etwas ins Rollen gebracht, zusammen mit dem Verband Thurgauer Schulgemeinden (VTGS), an der wir wirklich die Behörden animiert haben, in ihren Klausuren, in ihren strategischen Überlegungen, was die nächsten Jahre oder Jahrzehnte anbelangt, sofern sie noch keine Volksschulgemeinde sind, sich zu überlegen: Gibt es Potenzial? Was spricht dafür? Ich sage nochmals, die Ängste, die damit verbunden sind, sind meistens sogenannte Softfaktoren von Eltern oder eben die Befürchtung, dass gewisse Dinge vielleicht nicht mehr so sind, wie sie einmal waren, und das ist in vielen Fällen unbegründet. Die Schule lebt von einer guten Schulkultur vor Ort, wo sich Schüler, Lehrpersonen und Eltern wohl fühlen, wo es stimmig ist und viel weniger davon, wo die Schulbehörde sitzt und in welchem Sitzungszimmer die Entscheidung gefällt werden. Ich glaube, das wäre auch ein Lösungsansatz beim Problem der Rekrutierung von Behördenmitgliedern.

Reto Ammann, GLP: Ich will kurz ergänzen, was Regierungsrätin Monika Knill gesagt hat: Es gibt auch noch ein weiteres Modell. Es ist im Kanton Thurgau noch nie angewendet worden. Die Gemeinde Häggenschwil, Kanton St. Gallen, hat ihre Schule privatisiert, weil sie keine Behördenmitglieder gefunden hat. Das läuft seit dem Jahr 2012. Das kann man nachlesen. Den Steuerfuss haben sie nebenbei noch um 4 Prozent gekürzt, und mit der Kultur sind sie sehr zufrieden.

6. Mittelschulen

Diskussion – **nicht benützt.**

7. Berufsbildung

Viktor Gschwend, FDP: Wenn ich die Einleitung zur Berufsbildung lese, sticht mir ein Satz in die Augen: "Schliesslich besteht die Befürchtung, dass sich Firmen von der Ausbildung von Jugendlichen zurückziehen und dann nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn mehr Jugendliche die Volksschule verlassen." Wenn ich das richtig interpretiere, soll das heissen, dass immer mehr Firmen aus verschiedensten Gründen keine oder weniger Jugendliche ausbilden. Und ich denke, dass das stimmt. Da soll man sich aber

klar auch die Frage stellen, warum das so ist. Warum ziehen sich denn Firmen zurück im Bereich der Ausbildung? Liegt es an den Jugendlichen und ihrem privaten Umfeld? Ist es der Aufwand der Ausbildung? Sind es die Anforderungen verschiedenster Art, die an die Betriebe gestellt werden? Sind es die Bedürfnisse der Lernenden? Oder sind es die sich immer wieder verändernden Berufsbildungsverordnungen, die vom Bund auferlegt werden? Gerade zum letzten Punkt höre ich immer wieder, dass wir Berufsverbände, Organisationen der Arbeitswelt (OdA), die Tiefe und Breite einer Revision mitbestimmen können. Das stimmt leider so nicht ganz. Bis wir von der Basis, und da rede ich wirklich von der Basis draussen, mitreden können mittels einer Vernehmlassung, ist es oft für vieles schon zu spät, und die Verantwortlichen sind nur noch für kleine Anpassungen zu motivieren. Ich persönlich habe 35 Jahre lang Lehrlinge ausgebildet, habe in dieser Zeit vier kleine und vier grosse Bildungsrevisionen mitgemacht und dann aktiv auch umgesetzt, zweimal als Lehrlingsobmann und somit als Frontmann. Es braucht diese Anpassungen, damit immer wieder ein modernes Berufsbild bestehen bleibt; aber einfach bitte immer mit Augenmass. In der Berufsbildung ist der Bund im Lead. Die Kantone stellen die Infrastruktur zur Verfügung und die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) setzen die Verordnungen um und prüfen dann auch am Schluss. Diese Kaskade ist eine Herausforderung und kann nur klappen, wenn aufeinander gehört, miteinander geredet und gearbeitet wird. Ich möchte mich an dieser Stelle jetzt für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Ich meine, die OdA im Thurgau haben mit dem Kanton Thurgau einen fairen und auch grosszügigen Partner. Ich denke da an die Infrastruktur in unseren Berufsbildungszentren, aber auch zum Beispiel an den Kantonsbeitrag 2, der wirklich nicht selbstverständlich ist. Ich persönlich wünsche dem Kanton Thurgau und der Berufsbildung für die Zukunft alles Gute.

Daniel Vetterli, SVP: Ich will etwas sagen zur Attraktivität der dualen Bildung. Sie wird immer hoch gelobt: Man macht eine Lehre, man bildet sich weiter, und vor allem die Absolventen dieser Weiterbildungen sind dann auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt. Das ist tatsächlich so. Attraktiv ist dieser Weg aber absolut nicht. Meine Tochter besucht jetzt die Universität. Sie hat sich über Berufsmaturitätsschule und die Passerelle und so weiter hochgearbeitet. Sie bezahlt für das Essen dort einen Fünfliber. Die Studiengebühren dieser unglaublich teuren Ausbildung betragen pro Halbjahr 1'200 Franken. Die Uni schaut peinlich genau, ob ja keine Beitragslücken bei der AHV bestehen. Sie haben sie zweimal schriftlich informiert, und jetzt muss ich noch einen Online-Fragebogen ausfüllen, damit da kein Uniabsolvent jemals eine Lücke bei der AHV hat. Und der andere Weg, den mein Sohn einschlägt: Da bezahlt man als Vater und als Junior, und wenn dann alles abgeschlossen ist, kann man eventuell die Hälfte beim Bund wieder einfordern. Ich habe bei diesem Thema schon mehrfach moniert, Regierungsrätin Monika Knill kennt das Thema bestens, es hat sich nichts geändert. Im Ranking zwischen den Kantonen ist der Thurgau immer noch das Schlusslicht. Zürich und St. Gallen haben Wege ge-

funden, damit den Jugendlichen nur der Teil, welcher der Bund nicht zurückerstattet, in Rechnung gestellt wird. Im Thurgau müssen Sie alles im Voraus bezahlen, mit dem Resultat, dass die jetzige Betriebsleiterschule im Kanton Thurgau noch aus acht Absolventen besteht. Viele gehen nach Zürich oder in den Kanton St. Gallen. Es gibt für alles Gründe, und ich höre diese Gründe immer wieder: Der Arenenberg muss selbsttragender sein. Deshalb kostet das Mittagessen zwischen 15 und 20 Franken. Eine Parkplatzgebühr ist einfach zeitgemäss, die muss unbedingt sein, und was die Schulen Strickhof und Salez machen, ist eigentlich doof. Die haben Gratisparkplätze für die Studierenden. Aber alles zusammen gibt es einen Gap mit mehreren Tausend Franken bezüglich der Attraktivität im Thurgau. Wir sind attraktiv bei der Grundbildung, weil wir so viele attraktive Lehrbetriebe haben. Da schwingen wir oben aus. Aber alles, was nachher kommt, ist einfach steinig. Wenn man den dualen Weg der universitären Ausbildung gegenüberstellt, dann muss man den Jugendlichen eigentlich sagen, dass sie keine Lehre machen und diesen steinigen Weg wählen sollen, sondern dass sie besser an die Uni gehen sollen, da kämen sie bis zum 30. Lebensjahr ohne Arbeit durch, bekämen noch Stipendien etc., und könnten sich ein schönes Leben machen. Man muss schon sehr viel Courage und Eigenmotivation aufbringen, um den anderen Weg zu wählen, den alle unsere Kinder gewählt haben.

8. Hochschulen

Diskussion – **nicht benützt.**

9. Höhere Berufsbildung und Weiterbildung

Cornelia Hasler-Roost, FDP: Ich möchte einen Bereich hervorheben, der dieses Mal meiner Ansicht nach im Bildungsbericht wenig Beachtung fand. Es geht um den Bereich Weiterbildung. Das Thema ist in verschiedener Hinsicht relevant. Der Fachkräftemangel, die angestrebte Transformation zu mehr Dienstleistungsunternehmen, die ständig steigenden Herausforderungen in allen Berufen und die rasche Entwicklung in der Digitalisierung zwingen die ganze Bevölkerung, nicht nur die Erwerbstätigen, sich ständig weiterzubilden. Der Bildungsbericht Schweiz 2023 widmet der Weiterbildung ein umfassendes Kapitel. Hier ist sehr klar formuliert, dass angesichts des technologischen und gesellschaftlichen Wandels sowie der Internationalisierung der Arbeitsmärkte Weiterbildung für hochentwickelte Wissensgesellschaften eine zentrale Bedeutung hat. Der Strukturwandel und die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt führen zu sich schneller verändernden Qualifikationsanforderungen und auch zu einer rascheren Entwertung von Kompetenzen. Zugleich hat die demografische Entwicklung der Gesellschaft zur Folge, dass das Durchschnittsalter der erwerbsfähigen Bevölkerung laufend steigt. Dies bedeutet wiederum, dass neues Wissen und neue Fähigkeiten immer weniger rasch über junge Erwerbstätige in den Arbeitsmarkt und in die Unternehmen kommen. Technologische Veränderungen führen auch dazu, dass es Personen ohne nachobligatorische Bildung

schwerer haben, sich nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, was wiederum die Notwendigkeit verstärkt, formale Bildungsabschlüsse im Erwachsenenalter nachholen zu können. Im Bericht in seinen Richtlinien Strategie Thurgau 2040 legt der Regierungsrat fest, dass die Stärkung des Wirtschafts- und Bildungsstandorts ein wichtiges Ziel ist. Was gerade nach einer klaren Strategie im Bereich Weiterbildung ruft, ist in diesem Bericht etwas knapp abgebildet. Es wäre wünschenswert, wenn der nächste Bericht des Regierungsrates hier einen Schwerpunkt setzen könnte. Dieser Wunsch ist umso mehr gerechtfertigt, weil zum Beispiel die sieben kantonalen Bildungszentren starke Träger von Weiterbildungsangeboten sind, somit die Weiterbildung in diesem Kanton durch ganz wesentliche, kantonseigene Institutionen sichergestellt wird. Zudem gibt es diverse private Anbieter im Kanton Thurgau.

10. Ausblick

Reto Ammann, GLP: Ich spreche zu drei der acht Themen, die im Kapitel Ausblick auf zwei Seiten abgedeckt worden sind. Zuerst zu der zunehmenden Anzahl Kinder und Jugendlicher – das Wachstum: Dass wir wieder mehr Kinder auf den Pausenhöfen haben, gleichviel wie vor ein paar Jahren, ist erfreulich. Es ist eine Herausforderung, aber kein Problem, weil das leider nur ein kurzfristiger Peak ist. Interessanterweise führt das Wachstum nur zurück auf das Niveau, das wir vor ein paar Jahren bereits schon hatten. Die Tatsache ist vielmehr, dass die Fertilitätsrate massiv sinkt, es sind nur noch 1.33 Kinder pro Frau. Es bräuchte 2.1 Kinder pro Frau, damit die Bevölkerung nicht schrumpft. Die Wissenschaft vermutet bereits hier irreversible Tendenzen. Das heisst, dass die Kindergärten, wenn das alles stimmt, schon in gut fünf Jahren eher wieder von einer Unterbelegung betroffen sind, als von einer Überbelegung. Das zieht sich dann rasch nach oben, auch wenn derzeit alle von einer wachsenden Anzahl der Kinder und Jugendlichen sprechen. Haben wir hier einen Schweinezyklus, eine konjunkturelle Schwankung, oder ist das Bevölkerungswachstum in diesem Alterssegment wirklich nachhaltig, so dass wir jetzt Schulbauten machen müssen für die nächsten 30 Jahre? Diese Folgen müssen wir diskutieren. Schrumpfen heisst eine langfristige Zunahme des Druckes auf unseren Lebensstandard, die Wirtschaft und den Generationenvertrag. Ohne die gezielte Zuwanderung – auch wenn das nicht alle gerne hören – auch junger Familien stellt sich die Frage, wie wir mit all den neu entstehenden Schulbauten umgehen oder wie wir die umnutzen? Die Klassen wurden kleiner. Es wurde bessere Pädagogik gemacht. Deshalb ist auch mehr Raum nötig. Aber wir müssen auch fünf, zehn oder fünfzehn Jahre in die Zukunft schauen. Schulbauten sind somit ein Thema, und sie werden immer teurer. Wieso eigentlich? Ist man bereit auch für andere Modelle? Kann man das auch mit Gesetzesanpassungen anpassen? Sind diese Schulbauten auch auf potenzielle Umnutzungen bereits überprüft? All diese Fragen muss sich der Regierungsrat, aber auch das Parlament stellen. Wir sind hier gefordert, Lösungen und neue Denkansätze zu finden. Abstimmungen, das ist meine Prognose, sind in diesem Bereich nicht

einfach nur Selbstläufer, wie vielleicht noch in der Vergangenheit. Ein öffentliches Klassenzimmer, und ich hab da so etwas im Kopf, kann gut 1.2 bis 1.3 Mio. Franken maximal kosten, wie dies jetzt in Frauenfeld auch bewiesen worden ist an der Kantonsschule. Aber wenn man sechzehn Klassenzimmer mit 55 Mio. Franken veranschlagt, dann frage ich mich schon, wie man nur schon den Betriebsunterhalt und die langfristigen Kosten im Griff halten will. Bei der Berufsschule Weinfelden wiederum müssen wir wirklich viel schneller nach guten Lösungen suchen. Hier bin ich auch froh, wenn die Verbände mit-helfen, dass dieses neue ÜK-Zentrum wirklich auch kommt. Der Kanton hat seinen Job gut gemacht. Ich glaube, da sind jetzt auch Behörden oder Verbandsvertreter gefordert. Im Ausblick wurden der Bewältigung der digitalen Transformation sechs Sätze gewidmet. Bedenkt man, welche Macht und welche Wucht, welche Chancen und Gefahren da auf die Gesellschaft, die Bildung zukommen, stellen sich viele Fragen. Wie das heutige Bildungssystem all dem am besten gewachsen ist, dürfte uns, da bin ich mir ziemlich sicher, noch schwer beschäftigen. Die digitale Transformation könnte auch die Ausbildung des Lehrkörpers radikal verändern. Es gilt, sich zu fragen, was wirklich der Kern des Lehrberufes ist. Ratskollege Jürg Marolf hat es auch gesagt, was wirklich der Kern des Lehrberufes ist. Ich denke an die positive Beziehung, die Stärkung von jungen Menschen in der Begleitung. Diese hohen Projekt-, Methoden- und Lernkompetenzen des Berufes vermis- se ich ein wenig, nur schon in der Ausbildung der Pädagogischen Hochschule Thurgau. Das Zentrum des Denkens ist leider nach wie vor das Fachwissen. Es wäre schön, wenn im Zentrum der Entwicklung mehr die Werdegänge stehen würden. Was sind die Aufnahmekriterien? Aufgenommen werden Menschen, die in Mathematik und Deutsch die Eintrittskontrolle bestehen. Kein Kriterium ist die Fähigkeit der Begleitung. Das geschieht dann erst an der Pädagogischen Hochschule Thurgau. Das Organisieren von Settings und Motivation wäre wichtig. Das Zweite: Die Aufnahme führt über die gymnasiale Matura. Gerade die berufliche Matura würde Kindern und Jugendlichen aber auch sehr viel bringen, da solche Lehrkräfte einen Bezug zum Leben ausserhalb der Schule haben. Will man das Leben in die Schule bringen, kann man das auch über den "Rucksack" der Lehrkräfte machen. Persönlich freue ich mich über Lehrkräfte, welche auch einmal etwas anderes als nur die Schule gesehen haben. Das hat extrem viel an Wert und fördert Diversität an den Schulen. Zum Schluss generell zur Attraktivität des Lehrberufes: Hier ist wirklich Luft nach oben vorhanden. Das ist eigentlich schade. Branchenübergreifend müsste die Attraktivität zum höchsten gehören, das es gibt als Lehrer. Die Begleitung von Jugendlichen und Kindern ist wohl eine der sinnvollsten und sinnstif- tendsten Aufgaben. Wie ich in diesem Rat auch schon gesagt habe, der Berufsstand hat hier eine einzigartige Chance, die andere Berufe nicht haben. Lehrkräfte können täglich und jahrelang die Schönheit des Berufes vorleben. Alle anderen Berufsgattungen wären froh, sie könnten ähnlich stark die eigene Leidenschaft den Jugendlichen zeigen. Lehrer- innenmangel und zunehmende Unattraktivität muss deshalb zu denken geben und liegt in der Struktur. Es zu lösen über Geld, damit man zufriedener ist, bei dem, was man

macht, löst das Problem sicher nicht längerfristig, das ist eine reine Hygiene. Der Hebel, das wissen wir alle, liegt woanders. Ich wünsche mir mehr Mut für neue Bildung und die Aufgaben der Menschen darin.

11. Bildungsausgaben

Diskussion – **nicht benützt.**

12. Anhang

Diskussion – **nicht benützt.**

Präsident: Damit haben wir den Bericht vollständig diskutiert. Wünscht jemand auf einen Punkt zurückzukommen? Das ist nicht der Fall. Das Geschäft ist erledigt.

Ende der Vormittagssitzung: 12:30 Uhr

Beginn der Nachmittagssitzung: 14.15 Uhr